



PRESSEMITTEILUNG

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: Was bedeutet das Ergebnis für NRW?

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus: „Wir befinden uns an einem gefährlichen gesellschaftspolitischen Kipppunkt“

Düsseldorf, 7. September 2026 | Die AfD erreicht mit 43,8 Prozent und 39 von 83 Sitzen ein sehr hohes Ergebnis, auch wenn eine Alleinregierung rechnerisch nicht möglich ist. Damit wird sie zu einem zentralen politischen Machtfaktor in Sachsen-Anhalt – dieses Ergebnis ist auch für Nordrhein-Westfalen ein deutliches Warnsignal.

„NRW ist nicht Sachsen-Anhalt. Aber NRW ist auch nicht immun gegen diese Entwicklung. Für uns ist entscheidend, was solche politischen Verschiebungen gesellschaftlich bewirken. Wir befinden uns an einem gefährlichen gesellschaftspolitischen Kipppunkt“, erklärt das **Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW.**

Nordrhein-Westfalen verfügt über starke demokratische Strukturen: Betroffenenberatungsstellen, Mobile Beratung sowie Ausstiegs- und Distanzierungsberatung, Partnerschaften für Demokratie, NRWeltoffen wie auch zahlreiche lokale Bündnisse, zivilgesellschaftliche Initiativen und eine breite Landschaft aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, ehrenamtlich Engagierten und sozialen wie kulturellen Angeboten. Auch im politischen Raum existiert eine geteilte demokratische Grundhaltung, die der AfD und der extremen Rechten entgegengesetzt wird.

Gleichzeitig verfügt die AfD auch in NRW – trotz massiver Verwerfungen im Landesverband – über ein erhebliches Wähler*innenpotential¹, wodurch sich ebenfalls mit der AfD sympathisierende extrem rechte Akteure im Aufwind befinden. Die AfD verfolgt dabei Strategien der Einschüchterung, der Provokation und der Lähmung des politischen Betriebes, welche bspw. durch die zielgerichtete und zugleich inflationäre Instrumentalisierung des parlamentarische Mittels der kleinen Anfragen umgesetzt werden.

Was die Beratungsstellen beobachten

Betroffenenberatungsstellen: Die Opferberatung Rheinland und BackUp dokumentierten für 2025 **623 rechte, rassistische, antisemitische und weitere menschenfeindliche Angriffe in NRW.** 724 Menschen waren unmittelbar betroffen.² Gleichzeitig nehmen Beratungsanfragen zu Sicherheitsanliegen und psychosozialer Unterstützung zu.

„Bereits heute erleben wir, wie sich gesellschaftlichen und politischen Verschiebungen auf das Sicherheitsgefühl der Menschen auswirkt, die zu uns kommen. Betroffene fragen sich zunehmend, was die politische Entwicklung für ihre eigene Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe bedeutet.“

(Fabian Reeker, Opferberatung Rheinland)

¹ Im NRW-Trend von infratest dimap erreichte sie im Juni 17 Prozent. Vgl. infratest dimap im Auftrag des WDR, *Nordrhein-WestfalenTREND Juni 2026*, Erhebung 22.–25.06.2026, 1.139 Wahlberechtigte; AfD 17 %. [Originalquelle infratest dimap](#) ; [Umfragen Nordrhein-Westfalen](#)

² Opferberatung Rheinland / BackUp, *Jahresbilanz 2025: Enthemmte Gewalt, steigende Fallzahlen – 623 rechte Angriffe in NRW.* [Jahresbilanz der Opferberatung Rheinland](#)



Mobile Beratung: Die Mobile Beratung beobachtet wachsenden Druck auf demokratische Akteur*innen in Kommunen, Schulen, Vereinen und Kulturinstitutionen. Neutralitätsforderungen, parlamentarische Anfragen und öffentliche Kampagnen binden Ressourcen und führen teilweise bereits dazu, dass demokratische Akteur*innen vorsichtiger agieren.

„Einschüchterung beginnt nicht erst mit einer konkreten Bedrohung. Auch dauerhafter Rechtfertigungsdruck verunsichert und schränkt Handlungsspielräume ein.“
(Dominik Schumacher, MBR-NRW)

Ausstiegs- und Distanzierungsberatung: Die Ausstiegsberatung beobachtet eine höhere Aktivität extrem rechter Strukturen und eine zunehmende Normalisierung extrem rechter Positionen, gerade bei jungen Personen.

„Wenn extrem rechte Positionen als gesellschaftlich normal wahrgenommen werden, wird auch ihre Problematisierung schwieriger. Das verändert die Voraussetzungen für Distanzierungsarbeit.“
(Jonas Stapper, NinA NRW)

Jetzt demokratische Handlungsfähigkeit sichern

Das Beratungsnetzwerk warnt davor, das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt in Anbetracht der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2027 ausschließlich als Frage parlamentarischer Mehrheiten zu betrachten. Entscheidend ist, was sich im Alltag der Menschen verändert: dass Betroffene sich weniger geschützt fühlen, demokratische Akteur*innen unter Druck geraten und extrem rechte Positionen als normal wahrgenommen werden. An diesen gesellschaftspolitischen Entwicklungen hat das Erstarken der AfD entscheidenden Einfluss.

„Wir beobachten Entwicklungen, die wir als gesellschaftlichen Kipppunkt beschreiben müssen. Ein solcher Kipppunkt entsteht nicht erst dann, wenn eine extrem rechte Partei allein regieren kann. Er wird bereits dort sichtbar, wo demokratische Akteur*innen ihr Handeln aus Sorge vor Angriffen einschränken, Betroffene das Vertrauen in ihren Schutz verlieren und menschenfeindliche Positionen als normale politische Standpunkte wahrgenommen werden.“
(Fabian Reeker, Opferberatung Rheinland)

Dieser gesellschaftliche Kipppunkt fordert klare politische Konsequenzen: den Zusammenhalt der demokratischen Akteure, ein entschlossenes Eintreten gegenüber menschenfeindlichen Positionen und eine konsequente Unterstützung von betroffenen Personen.

„Nordrhein-Westfalen verfügt über starke demokratische Strukturen. Jetzt kommt es darauf an, dass sie handlungsfähig bleiben. Dafür braucht es grundlegenden Zusammenhalt und Unterstützung an den Stellen, wo bereits Belastungen sichtbar werden.“
(Dominik Schumacher, MBR-NRW)



Hintergrundpapier:

Eine **ausführliche Einordnung des Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW** finden Sie hier: [Hintergrundpapier](#).

Presse-/Interviewkontakt

Fabian Reeker (Opferberatung Rheinland)

fr@opferberatung-rheinland.de

(+49) 177 844 357 2

Dominik Schumacher (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW)

Schumacher@mbr-duesseldorf.de

(+49) 159 068 233 94

Jonas Stapper (Ausstiegs- und Distanzierungsberatung NinA NRW)

jonas.stapper@reinit.de

+49 157 80548110